
Leo Baeck Institute
4 4000 00128503 8

Complete

Das Jüd

Bayerische Blätter fü

Nummer 1

Zur Revision des bayeri
Judenedikts.

Von Sigmund Fraenkel

Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr 4 — Redaktion: Helene Hanna Cohn,



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. —

Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo", München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

Nummer 1 — **München / 5. Jahrgang** — **4. Januar 1918**

Zur Revision des bayerischen Judenedikts.

Von Sigmund Fraenkel.[1])

Der Ruf nach einer Neuordnung der kirchenrechtlichen Verhältnisse der israelitischen Religionsgemeinschaft erschallt diesmal nicht, wie in den Jahren 1907—1914, auf Grund von kirchlich-dogmatischen Reibflächen zwischen Orthodoxie und Neologie, weil im Zeichen des während des Kriegs in den Großgemeinden allseitig gewahrten Burgfriedens alle von religiösen Meinungsverschiedenheiten bedingten Auseinandersetzungen ausgeschaltet und späterer Austragung überantwortet wurden. Die derzeitigen Bestrebungen nach einer Neuordnung bewegen sich vielmehr ausschließlich auf finanziellem Gebiete und wurzeln im wesentlichen in der durch die Kriegsereignisse und die Kriegswirtschaft hervorgerufenen Notlage der kleinen israelitischen Landgemeinden. Nach dieser Richtung hin veröffentlichte Lehrer Oppenheimer in Laudenbach in Nr. 50 des „Jüdischen Echo" unter dem Titel: „Eine Bankerotterklärung der jüdischen Kultusgemeinden in Bayern" einen Notschrei über die Entvölkerung und die in der Tat ganz unhaltbare derzeitige Lage der bayerischen Landgemeinden und deren Kultusbeamten. Mit berechtigter Entrüstung wendet sich dieser Artikel gegen den in einer jüdischen Zeitung gemachten Vorschlag, zur Linderung dieser Notlage an die Wohltätigkeit der begüterten Glaubensgenossen zu appellieren, weil dies in der Tat, wie O. zutreffend ausführt, eine Bankerotterklärung der großen und mittleren jüdischen Gemeinden bedeuten würde. Es mag dahingestellt bleiben ob eine derartige Sammlung überhaupt mit den geltenden gesetzlichen Bestimmungen in Einklang zu bringen wäre; aber darin muß O. unbedingt beigepflichtet werden, daß die Notlage der Landgemeinden die alsbaldige Begründung einer bayerischen israelitischen Landeskasse als ein gebieterisches Postulat sozialer, sittlicher und religiöser Pflicht für die bayerische Judenheit erscheinen läßt und daß im Interesse des Ansehens der bayerischen Judenheit wie zur Hintanhaltung schreiender Notstände auf diesem Gebiete eine im Staatsgesetz verankerte Anwartschaft auf Fürsorge für diese leistungsschwachen Gemeinden und ihre Beamten geschaffen werden muß.

Daß die Lösung dieses Problems keinen weiteren Aufschub gestattet, dürfte heute von jedem irgendwie sozialpolitisch und religiös empfindenden Israeliten zugegeben werden. Ich habe mir in meinem in den „Blättern für administrative Praxis" im Jahre 1914 erschienenen Aufsatze „Die zukünftige Gestaltung der israelitischen Kirchensteuer in Bayern" erlaubt, des Näheren das Fundament und die Umrisse des Gebäudes zu zeichnen, nach welchen diese Israelitische Landeskasse für das Königreich Bayern in Anlehnung, aber auch in einem gewissen, durch die Eigenart der israelitischen Glaubensgemeinschaft und durch das Fehlen einer zentralen Oberbehörde bedingten Abmaße von dem protestantischen Kirchensteuergesetz von 1908 aufgebaut werden sollte und gerade nach dieser Richtung hin haben die Nürnberger Verhandlungen vom 28. Juni 1914 eine erfreuliche Annäherung der bisher weit auseinandergehenden Meinungen herbeigeführt. Nächst dieser sittlichen und religiösen Forderung, unseren Landgemeinden, ihren Kultuseinrichtungen und ihrem Beamtenkörper durchgreifende Hilfe in ihrer Not und die Möglichkeit eines sorgenlosen Fortbestandes und einer gedeihlichen Weiterentwicklung zu gewährleisten, hat sich aber auch durch die infolge der Kriegsereignisse eingetretene Umschichtung der Vermögen und die geminderte Kaufkraft des Geldes neuerdings in den Großgemeinden das Bedürfnis herausgestellt, der unsicheren, unbefriedigenden und rückständigen Finanzwirtschaft der israelitischen Kultusgemeinden durch gesetzliche Regelung des Kultusumlagenrechtes in sinngemäßer Angleichung an die Art. 20—22 der K.-G.-O. ein Ende zu bereiten. Da das Edikt von 1813 überhaupt keine Bestimmung über kirchliche Umlagen enthält und dieses Recht nur auf Gewohnheit und vielhundertjähriger Praxis beruht, so entbehrt die derzeitige Rechtslage jedweder Handhabe, auf Grund deren nach dem Vorbilde aller übrigen deutschen Bundesstaaten die Organe der Staatssteuerverwaltung verpflichtet wären, die Listen der Rentämter den jüdischen Gemeinden bei Feststellung der Grundlage der kirchlichen Besteuerung zur Verfügung zu stellen. Denn darüber, daß die derzeitigen Verhältnisse unhaltbar sind und einen Hohn auf jedwede gerechte und vernünftige Verteilung der kirchlichen Lasten bedeuten, besteht weder bei Revisonsfreunden noch bei den früheren Gegnern der leiseste Zweifel. Es muß ohne weiteres einleuchten, daß sieben oder neun mit den wirtschaftlichen Verhältnissen ihrer Bekenntnisgenossen noch so wohl vertraute Mitglieder einer Einschätzungskommission unmöglich irgendwelche zuverlässige Kriterien für die Einschätzung von 2500 bis 3000 Gemeindepflichtigen besitzen und es kann, — ganz abgesehen davon, daß bei dem Mangel derartiger Kriterien unter Umständen der steuerlichen Willkür Tür und Tor geöffnet ist, — dem

[1]) Aus der „München-Augsburger Abendztg.", 28. XII. 17, Nr. 670. (Weg. Raummangels gekürzt.)

Ansehen der bayerischen Judenheit in keiner Weise dienen, wenn 99 Prozent der bayerischen Steuerzahler sich bei Entrichtung ihrer kirchlichen Umlagen durch Angliederung an die Staatssteuer den in unseren modernen Steuergesetzen nach finanziellen, sozialen und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten festgelegten Maßstäben und Normen unterwerfen, während das restliche eine Prozent, das die jüdischen Steuerzahler umfaßt, noch nach chaotischen, jeder Progression und jedweder Differenzierung zwischen fundierten und gesicherten Einkommen entbehrenden veralteten Grundsätzen seine Kultusumlagen erhebt. Es ist schlechterdings unmöglich, einen gerechteren Besteuerungsmaßstab ausfindig zu machen, als die Verteilung der Lasten gemäß der Staatssteuer und die parteipolitisch meistens liberal orientierten Führer unserer Großgemeinden können sich im Zeichen der gewaltigen und einschneidenden Steuerreformen, mit welchen derzeit die Gesetzgebung in unserem weiteren und engeren Vaterlande befaßt ist, keinen Tag länger der Pflicht entziehen, in ihren eigenen Gemeinden Wandel zu schaffen und die Abbürdungen der kirchlichen Lasten in Angleichung an die auf moderner Sozial- und Steuerpolitik aufgebaute einschlägige Staatssteuerreform in Zukunft vorzunehmen.

Die Revision muß bald kommen, wenn sie nicht zu spät kommen soll, wenn unsere notleidenden Landgemeinden vom Untergange gerettet, wenn eine moderne Kirchenumlageerhebung unseren Kultusgemeinden Bewegungs- und Entwicklungsfreiheit auf sozialem und philanthropischem Gebiete sichern und wenn neuen schweren Kämpfen religiös-dogmatischen Charakters, wie sie andernfalls nach Beendigung des Burgfriedens in den Großgemeinden zweifelsohne wieder entbrennen werden, vorgebeugt werden soll. Im Hinblick auf die früheren Erklärungen des Leiters des bayerischen Kultusministeriums darf daher der Hoffnung Ausdruck verliehen werden, daß bei der bevorstehenden Beratung des Kultusetats im Landtag die Zusage erneuert werde, den im Herbst 1919 zusammentretenden Kammern den Entwurf einer neuen israelitischen K.-G.-O. bestimmt vorzulegen.

Ein deutscher Rabbiner.

Rabbiner Dr. Pinchas Kohn aus Ansbach, der angeblich im Auftrage der jüdischen Orthdoxie Deutschlands die Juden Polens über Religion und Politik belehrt, machte kürzlich einen politischen Ausflug nach Skandinavien.

Für die Zwecke der Aufklärung der großen Öffentlichkeit über die jüdische Frage in Polen verfaßte er ein Elaborat, das uns das Jüdische Preßbureau in Stockholm zusendet. Wir betrachten das Schriftwerk als für die Persönlichkeit des Herrn Rabbiner Dr. Kohn und für seine Politik so bezeichnend, daß wir die unverkürzte Veröffentlichung dieses Schriftstücks für notwendig halten.

Wir haben wiederholt auf das bedenkliche Treiben der zur Rettung der polnischen Juden nach dem besetzten Gebiet verschriebenen deutschen Rabbiner hingewiesen. Die neuen Auslassungen des Dr. Kohn beweisen deutlicher als alle früheren, daß er bei seiner Tätigkeit keineswegs nur oder in erster Linie die jüdischen Interessen vertritt — obwohl man dies von einem Rabbiner erwarten sollte. Am allermerkwürdigsten muß es erscheinen, daß Dr. Kohn sich offenbar den polnischen Antisemitismus, der selbst vornehmen Polen als eine Schande erscheint, zu eigen gemacht hat; nennt er doch z. B., mit echt polnischer Terminologie, die litauischen Juden ein „zersetzendes Element". Nur aus dieser antijüdischen und propolnischen Stimmung heraus ist es wohl zu verstehen, daß Dr. Kohn die jetzige wirtschaftliche Depression in Polen aus der Evakuierung so vieler Juden durch die Russen erklärt — was offenbar ein Versuch ist, die wirklichen Ursachen dieser Depression zu verschleiern. Sind doch von der Evakuation nicht mehr als etwa 50 000 Juden betroffen worden, während — dank dem wirtschaftlichen Boykott der Polen — etwa 1½ Million Juden am Verhungern und zum Teil bereits verhungert sind.

Bemerkenswert ist das Geständnis über die geringe Bedeutung der Assimilatoren. Daß die konservative Masse durch Dr. Kohn politisiert worden ist, ist natürlich eine lächerliche Übertreibung. Nur ganz kleine Kreise in Warschau und einigen in der Nähe gelegenen Städten sind überhaupt von Dr. Kohn erreicht worden. Wahrscheinlich stützt sich Dr. Kohn in diesem Urteil auf seine Zeitung „Das jüdische Wort". Diese Zeitung hat die Juden wohl untereinander verhetzt und die jüdischen Differenzen vergrößert, jede Nummer ergibt aber, daß die Zeitung keinen politisierenden Einfluß auf die Masse ausgeübt haben kann. Daß übrigens der Herausgeber des „Jüd. Wortes", das sich erst kürzlich nicht entblödete, die Führer der nationalistischen Parteien mit ehrenrührigen Verleumdungen zu bedenken, anderen jüdischen Zeitungen einen Revolverton vorwirft, entbehrt nicht der Komik. Wertvoll ist das Geständnis, daß Dr. Kohn die polnischen Juden „im propolnischen Sinne" politisieren wollte. Andrerseits war es, wie man deutlich sieht, nicht Kohns besondere Liebe für die Polen, die ihn veranlaßte, die orthodoxe Masse zum Verzicht auf ihre nationalen Rechte und Interessen zu verleiten.

Wie wenig Mühe sich Dr. Kohn gegeben hat, die Verhältnisse in Polen wirklich kennen zu lernen, beweist schon die Tatsache, daß er die Dumawahlen von 1912 und den darauf folgenden Boykott in das Jahr 1905 verlegt.

Warum die Nationaljuden die Gemeindeverfassung bekämpfen, ist in diesem Blatte mehrfach dargelegt worden. Die Verordnung bedeutet den Verzicht auf die Anerkennung der jüdischen Nationalidee, was im Gegensatz zu dem deutschen

Rabbiner auch die „nicht politisierte, wirtschaftlich und politisch unreife" polnische Masse begreift, und die Auslieferung der religiösen Organe an die Assimilanten durch das Kuriensystem.

Das Schriftstück des Dr. Kohn wird durch Inhalt wie durch Form (es ist durchweg im „Wir-Ton gehalten), als ein Versuch gekennzeichnet, das Vorgehen der Herren des Landes, das vielfach im In- und Ausland auf schärfsten Widerspruch gestoßen ist, in allen Punkten zu rechtfertigen. Die Herren des Landes werden vielleicht ihrem Verteidiger hierfür den entsprechenden Dank wissen. Die polnischen Juden dagegen werden es als ein ganz besondres neues Unglück betrachten, daß es gerade ihr „Seelsorger" sein muß, der ihre Behandlung rechtfertigt und für einen großen Teil ihrer Leiden ihnen selbst die Schuld gibt.

Das Elaborat des Rabbiners Dr. Pinchas Kohn.

Zur Kenntnis der polnischen Judenfrage gehört folgende Voraussetzung:

I. Die Parteien innerhalb der polnischen Judenheit.

a) Assimilatoren, ausgesprochen polnisch orientiert, religiös indifferent, politisch meist den sogenannten Progreßparteien angehörig, selbst dem revolutionären Rußland gegenüber nichtrussophil, Träger der polnischen Traditionen aus der polnischen Revolutionszeit von 1863 (ca. 5 Prozent der Bevölkerung).

b) Die konservative Masse, bisher unpolitisch, nun durch mich politisiert und zwar im propolnischen Sinne. Ihr erstes Motiv ist immer die religiöse Frage. Sie ist der deutschen Verwaltung gegenüber der am besten oder leichtesten zu behandelnde Teil (ca. 75 Prozent).

c) Die Nationalisten, auch Volkisten oder Jiddischisten genannt, erstreben nationale Anerkennung und Obstruktion, scharfer Gegensatz zu den Polen. Intransigenz und Sonderstellung gegenüber vielen Maßnahmen der deutschen Verwaltung, verfügen über eine verbreitete Presse im Revolverton (Prozentsatz nicht zu bestimmen).

d) Die Zionisten mit den Misrachisten (orthodoxe Zionisten) neben Palästinaprogramm auch nationale Wünsche z. B. Hebräisch als Unterrichtssprache. Schwer zu behandelnder Teil, noch ohne politisch reife Führer (ca. 10 Prozent).

e) Die sozialdemokratischen Parteien:

aa) der Bund, ohne religiöses Programm.

bb) Poale-Zion, zionistisch gerichtete Arbeiterpartei mit nationalen Forderungen.

Außer diesen Parteien gibt es noch den sehr scharfen Gegensatz zwischen polnischen und lithauischen Juden, letztere werden von den Polen als Russifikatoren betrachtet und als russische Provokatoren. Sie sind auch Vertreter der nationalen Forderungen und Gegenstand des Hasses seitens vieler polnischer Juden. Der Orthodoxe sieht in ihnen den skeptischen Freigeist, der Assimilator den Feind der Polen. Sie selbst hegen eine große Verachtung gegen den nach ihrer Meinung minderwertigen polnischen Juden. Der Lithauer ist tatsächlich ganz Kopf und ein zersetzendes Element.

II. Die früher freundlichere Stimmung der Polen gegen die Juden verkehrte sich mit der von russischer Seite bewußt inszenierten, starken lithauischen Einwanderung ins Gegenteil. Sie erblicken in jedem russischen Wort eines Lithauers eine Provokation. Als dann bei den Dumawahlen 1905 anstatt des polnischen Kandidaten der sozialistische Jagiello mit Hilfe der jüdischen Stimmen in die Duma entsandt wurde, trat Boykott und Antisemitismus in der schlimmsten Form auf. Die Geistlichkeit stellte sich an die Spitze der antijüdischen Kooperative (etwa Konsumgenossenschaft). Stärkere Beschäftigung mit dem Handel schuf polnische Mittelstandsbewegung mit stark antisemitischem Einschlag.

III. Weil anfangs die Juden die einziehenden Heere als Befreier vom zaristischen Joche betrachteten, wurden sie von den Polen den Russen als Spione denunziert und es gab eine Reihe grausamster Exekutionen und Evakuationen. Hierin liegt eine Hauptquelle der jetzigen wirtschaftlichen Depression, weil das Eigentum der Evakuierten als Freibeute galt und heute noch etwa 60 000 Evakuierte in Warschau sind, die des Heimes und Herdes entraten. Die Rückkehrenden finden leere vier Mauern oder gar eine Trümmerstätte.

Diese Situation fanden die Deutschen bei ihrem Einzug vor. Es gab anfangs eine Zeit, in der man glaubte, die Juden für deutsche Interessen reklamieren zu sollen. Eine Fortsetzung dieser Politik wäre unheilvoll für Deutschland und für die Juden geworden. Deutschland hätte auf alle Fälle den Schutz der fast drei Millionen Juden der polnischen Gebiete übernehmen müssen, aber das hätte zu starken innerpolitischen Reibungen in Deutschland geführt. Den Polen aber wären die Juden so verhaßt geworden, daß sie schlechterdings in Polen nicht hätten leben können und Deutschland moralisch verpflichtet gewesen wäre, ihnen eine neue Heimat zu geben. Es wurde denn auch alsbald diese Politik verlassen, die ja ohnehin von den Polen als direkt polenfeindlich erachtet und stigmatisiert wurde. Als dann erst der Plan eines selbständigen Polens (etwa im Juli 1916) festere Form annahm, schlug die deutsche Politik in der Judenfrage eine Bahn ein, die juridisch zwar im Rahmen der allgemeinen Politik bedingt war, die aber trotzdem die allgemein menschlichen Gesichtspunkte niemals außer Acht ließ.

Das Hauptprinzip war: wenn die Lösung der Judenfrage von Dauer sein solle und segensreiche

Entfaltung versprechen sollte, müßte sie in Polen von den Polen autonom gelöst werden. Das rumänische Beispiel lehrte, daß die Aufoktroyierung durch einen Weltkongreß den gewünschten Erfolg nicht haben kann.

Sobald der Staatsrat gegründet war, richteten die Teile der polnischen Judenheit, die am ehesten unsere Orientierung verstanden, die konservativen Kreise, eine Huldigungsadresse an den Staatsrat und erhielten die (vorher stipulierte) Antwort, welche den Juden volle Gleichberechtigung versprach und Erhaltung ihrer Eigenart quo ad religionem. Auch die Assimilatoren sandten eine Adresse und erhielten eine zwar nicht so warme, aber doch verheißungsvolle Antwort.

Es war auch die Absicht der leitenden Kreise in Polen die antisemitischen Auswüchse in allmählicher Taktik zu bekämpfen. Allein als die nationalistischen und zionistischen Leader im Stadtrat eine aggressive Redepolitik zu treiben begannen, wurde das Schlagwort eines Judaeo-Polonia geprägt und auch dem ernstesten Willen polnischer Führer war und ist es schwer, gegenüber diesen Stimmen Ruhe zu bewahren. Die Polen betrachteten das Streben, aus Polen einen Nationalitätenstaat zu machen, als eine Störung ihres Nationaltraumes und würden es den Juden nie verzeihen, wenn tatsächlich ihnen von irgend einer Seite eine nationalistische Lösung aufgezwungen würde.

Angesichts dieser Situation konnte die deutsche Regierung, wenn sie sich nicht dem Vorwurf der Perfidie aussetzen wollte, unmöglich Maßnahmen im jüdisch-nationalistischen oder zionistischen Sinne treffen. Sie mußte vielmehr sich darauf beschränken, für die Juden diejenige Behandlung zu erreichen, welche in Westeuropa üblich ist und mußte es einer späteren okkupationsfreien Zeit überlassen, ob sich Juden und Polen im nationalgelinderten Sinn auseinandersetzen. Die deutsche Verwaltung hielt es außerdem für unverantwortlich, diese wirtschaftlich deklassierte, moralisch noch nicht ertüchtigte jüdische Masse dem Haß, der wirtschaftlichen Vertilgung durch ihre Schuld auszusetzen. Wenn überhaupt je der nationalistische Streit ausgefochten wird, so muß es doch ceteris paribus geschehen, bei gleicher politischer Reife, bei möglichst ausgeglichenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Zentralmächte haben außerdem den Wunsch, die polnische Frage soweit während der Okkupation zu lösen, daß sie nächstens als Ganzes, nicht aber in allen Einzelheiten Gegenstand des Weltfriedenskongresses ist. Das Streben der Nationalitäten, durch die Judenfrage die polnische Frage auf dem Friedenskongresse aufzurollen, war unsomehr Veranlassung, eine Lösung der Judenfrage jetzt schon in die Wege zu leiten.

Das konnte aber, wie bereits erwähnt, nur im Zusammenhang mit den Polen geschehen. Wir gaben deshalb den Juden in der Verordnung vom 1. November 1916 die Basis einer jüdischen Organisation, machten die Judenheit zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes, gaben ihr eine aus allgemeinen Wahlen hervorgehende oberste Verwaltung gegenüber dem Staate, begabten das Ganze und seine Glieder mit ausgedehntem Steuerrecht und wiesen der Organisation in all ihren Teilen soziale und kulturelle Aufgaben zu.

Nachdem wir aber aus dem Munde der Polen die Zusicherung der vollen Gleichberechtigung des Individuums hatten, gaben wir dem Gesamtjudentum in der Verordnung alle Möglichkeit, sich auch kollektiv zu erhalten und durchzusetzen.

Nichtsdestoweniger wurde auch diese Verordnung von den Nationalisten stark bekämpft, und zwar weil wir das Judentum als Religionsgesellschaft ansprachen. Leider waren die lautesten, unreifen Schreier in diesem Kampf... Deutsche, deutsche Zionisten. Ernste Kreise auch im zionistischen Lager erkannten übrigens den gewaltigen Wert der Verordnung an. Nichtsdestoweniger war im neutralen Ausland, insbesondere im jetzt feindlichen Amerika, die deutsche Verwaltung so hingestellt, als ob sie gar nichts für die Juden täte.

Sie gab außerdem den Juden volle Versammlungs- und Vereinsfreiheit. Die Zensur ist sehr milde, viel milder als bei uns in Deutschland.

Kurz, die deutsche Verwaltung leistete für die Juden alles, was im Rahmen einer Okkupationsbehörde möglich ist, die nicht nur den Augenblick betrachtet, sondern dem Lande, welches sie besiegt hat, auch für die Zeit nach der Okkupation eine gedeihliche Entwicklung gewährleistet.

Sie darf außerdem nicht unberücksichtigt lassen, daß ein großer Teil der polnischen Juden die nationalen Aspirationen perhorresziert.

Was die deutsche Verwaltung für die Juden leistet, geschieht ohne irgend einen Anspruch auf politische Gegenleistung.

Eröffnungsrede des Dr. Artur Hantke, Vorsitzender der Zionistischen Vereinigung für Deutschland,

auf der Plenarsitzung des Zionistischen Zentralkomitees in Berlin am 23. Dezember 1917.

In schicksalsreicher Zeit haben wir Sie zusammengerufen, um gemeinsam über die Lage des Zionismus in Deutschland zu beraten und unsere Haltung gegenüber der Gesamtorganisation und auch gegenüber dem deutschen Judentum festzustellen. Palästina, drei Kriegsjahre hindurch von den Wirkungen des Krieges unmittelbar nicht betroffen, ist zum Kriegsgebiet geworden. Jerusalem, für die ganze Welt das Symbol des historischen Palästina, hat den Besitzer gewechselt. Beide Mächtegruppen erheben Anspruch auf den zukünftigen Besitz des Landes. In diesem historischen Moment, in dem seit Jahrhunderten wieder einmal die uralte Heimat des jüdischen Volkes Gegenstand völkerrechtlicher Traktate werden soll, ist es das gute Recht und die heilige Pflicht der zionistischen Organisation, als der Vertreterin der nationalen und palästinensischen Tendenzen im Judentum, frei vor aller Welt die unauflösliche Verbundenheit des jüdischen Volkes mit Palästina, den unverjährbaren Anspruch unseres Stammes auf freie und ungehinderte kulturelle und wirtschaftliche Betätigung in der Heimat der Ahnen und unseren unauslöschlichen Willen zu betonen, in Palästina von neuem einen Mittelpunkt jüdischen Lebens zu schaffen.

Was wir wollen ist die Verwirklichung eines Gebotes der Humanität und der Gerechtigkeit. Ruhelos irrt das jüdische Volk seit Jahrhunderten über die Erde. Stets lebte es in Gedanken an seine Heimat, an das Land, in dem es seine Großtaten

getan, seinen Namen sich geschaffen hat. Nie vergaß es die Verheißungen, die ihm die glorreiche Rückkehr in Aussicht stellten. Wohl haben die Errungenschaften des 19. Jahrhunderts den Juden allmählich die Teilnahme an der europäischen Geisteswelt ermöglicht, und das Judentum wird sich der innigen Verknüpfung mit den Schöpfungen der modernen Kulturnationen stets bewußt bleiben. Aber zugleich haben diese Errungenschaften ihm die Kraft gegeben, unter Überwindung oberflächlicher Auflösungstendenzen die Arbeit für die Erhaltung des eigenen Wesens aufzunehmen. Ein bewußter jüdisch-nationaler Wille erwuchs und als sein stärkster organisatorischer Ausdruck die zionistische Organisation. Vom ersten Tage ihres Bestehens ab sah die zionistische Bewegung ihre Aufgabe in der Wiederbelebung eines palästinensischen Judentums, in der Neuschaffung des alten Zentrums des jüdischen Volkes, um die Ruhelosigkeit des jüdischen Geistes zu überwinden, um dem jüdischen Volke wieder ein normales Volksdasein zu ermöglichen. Der Zionist will so seiner Pflicht gegenüber dem jüdischen Volke genügen. Er ist sich aber bewußt, damit auch der Menschheit zu dienen. Alle Völker haben ein Interesse daran, daß eines der ältesten Glieder der Völkerfamilie, ein Volk hoher Moral und starker Intelligenz, wieder die Möglichkeit erhält, seine Geistesaufgaben in freier kultureller Tätigkeit zu entwickeln, seine Kräfte auf eigene nationale Aufgaben zu konzentrieren.

Diese Auffassung von Zionismus haben wir auch im Weltkriege ohne Schwanken aufrechterhalten. Der einzelne Jude dient seinem Vaterlande mit allen seinen Kräften, das jüdische Volk als solches hat an dem Weltkriege keinen Anteil. Es hat daher das Recht, vor allen Völkern und vor allen Regierungen sein Programm aufzustellen und seine Forderungen zu erheben. Auch der deutsche Zionist begrüßt deshalb mit Befriedigung die Erklärung der englischen Regierung und konstatiert mit Genugtuung, daß zum erstenmal eine Großmacht das Recht der Juden auf nationale Entwicklung in Palästina amtlich anerkannt hat. Die Ratgeber der englischen Regierung haben es auch verstanden, ihrer Erklärung eine Form zu geben, die dem neutralen Charakter der jüdischen Volksbewegung Rechnung trägt. Um so mehr zählen wir darauf, daß nunmehr auch alle übrigen Großmächte die Berechtigung unserer friedlichen Arbeit in Palästina anerkennen und der jüdischen Einwanderung freien Raum schaffen werden. Als einen bedeutsamen Schritt auf diesem Wege dürfen wir die Erklärung des Ministers des Auswärtigen der österreichisch-ungarischen Monarchie begrüßen daß die österreichisch-ungarische Regierung dem Zionismus sympathisch gegenübersteht und bereit ist, die zionistischen Bemühungen bei der türkischen Regierung zu unterstützen. Die deutsche Regierung hat während der gesamten Kriegsdauer die jüdische Siedlung in Palästina zu schützen getrachtet. Ihrem Eingreifen verdanken wir es, wenn in ernsten und besorgnisreichen Momenten das jüdische Kolonisationswerk in seiner Grundlage unerschüttert geblieben ist. Wir hoffen fest, daß dieses so tatkräftig bewiesene Wohlwollen uns für die Dauer erhalten bleiben und zu einer grundsätzlichen Anerkennung und Förderung der jüdischen Bestrebungen führen wird.

Die palästinensische Judenheit hat sofort nach Ausbruch des Weltkrieges unter der Führung zionistischer Elemente durch die Tat ihre Loyalität gegenüber der Landesregierung bewiesen und ihre Entschlossenheit dokumentiert, ihr Schicksal endgültig mit der Zukunft Palästinas zu verbinden. Die Entwicklung der jüdischen Siedlung wird Palästina zu einer blühenden Provinz machen, die erfüllt von Loyalität gegenüber der Regierung und dankbar für gewährte innere Freiheit im Rahmen des Reichsganzen nur Aufgaben höchster Menschheitskultur ihre Kräfte widmen wird. Wir rechnen daher mit größter Bestimmtheit darauf, daß auch die türkische Regierung der Bedeutung jüdisch-zionistischer Arbeit für die Entwicklung Palästinas sich nicht verschließen, die augenblicklich bestehenden Hindernisse für die jüdische Einwanderung beseitigen und die national-kulturelle Entwicklung des palästinensischen Judentums sicherstellen wird.

Wie sich bei den Regierungen ein wachsendes Eingehen auf die zionistischen Bestrebungen zeigt, so können wir auch bei den Völkern selbst beobachten, daß die Judenfrage nunmehr als eine nationale aufgefaßt und Palästina als der Schlußpunkt jüdischer Entwicklung begriffen wird.

Die Presse sämtlicher Länder zeigt das schnelle Anwachsen dieser Erkenntnis. Als etwas bisher ganz Neues möchte ich hervorheben, daß sich auch unter den sozialistischen Parteien dank der Aufklärungsarbeit der Poale Zion die Anerkennung der jüdischen Nation durchsetzt und Verständnis für das Palästinaprogramm des jüdischen Volkes geschaffen werden konnte. Nur eine volle Aufklärung der öffentlichen Meinung, nur die allgemeine Anerkennung des nationalen und palästinensischen Charakters der jüdischen Frage durch die Völker selbst kann dem Zionismus die

Atmosphäre wahren Gedeihens schaffen. Wir begrüßen daher freudig diese Entwicklung, welche unter dem Einfluß gesteigerter Politisierung der Welt auch das jüdische Problem in das richtige Licht gerückt hat.

Der Zionismus war sich stets bewußt, seine Forderungen *im Namen des jüdischen Volkes* aufstellen zu können. Niemals konnte ein Kenner der jüdischen Volksseele zweifeln, daß das uralte Palästinaideal von den Zukunftshoffnungen des gesamten Judentums getragen wird. Eine formelle Vollmacht konnten wir allerdings nicht aufweisen. Der Weltkrieg hat das jüdische Volk aus seiner Dumpfheit gerissen und es seiner Eigenart bewußt gemacht. *Die Befreiung des russischen Judentums* vom Joch des Zarismus hat der großen jüdischen Masse auch die äußere Möglichkeit gegeben, ihre Meinung öffentlich zu dokumentieren. Und überall hat die Masse in erster Reihe das tief in ihr wurzelnde Bedürfnis gezeigt, ihr Bekenntnis zum jüdischen Volke zu betonen, ihre Liebe zu Palästina, ihre Entschlossenheit, an den historischen Idealen des Judentums festzuhalten. Die Wahlen zum jüdisch-amerikanischen Kongreß, die unter dem Druck der öffentlichen Meinung erfolgte Einigung aller bürgerlichen und sozialistischen Parteien der russischen Judenheit auf ein jüdisch-nationales und palästinensisches Programm, das Palästinareferendum in Polen, das außerordentliche Anwachsen der zionistischen Organisation in allen diesen Ländern jüdischer Massensiedlung, die amerikanischen Millionensammlungen für Palästina, sind ebenso viele Beweise für die Stimmung des jüdischen Volkes.

Das Vertrauen, das die jüdische Masse in die zionistische Bewegung als der zielbewußten organisatorischen Verkörperung ihrer Zukunftshoffnungen setzt, darf uns mit Zuversicht erfüllen. Es legt uns aber auch ernste und schwere Pflichten auf. Die täglichen Sorgen der Masse, ihr Kampf ums Dasein, ihre Angst vor der geistigen Entfremdung ihrer Kinder, müssen unsere Sorge, unser Kampf, unsere Angst werden. Neben der Arbeit für Palästina müssen mehr als bisher *die Probleme der jüdischen Diaspora*, die brennenden Fragen der jüdischen Eigenart, in den Vordergrund treten. Unsere Aufgabe wird es sein, alle diese Fragen im Hinblick auf das palästinensische Ziel, im Geiste eines wirklich zionistischen Nationalismus zu lösen. *Das deutsche Judentum* steht hier vor einer großen Aufgabe. Denn gerade ihm wird die Zukunft mit Recht die Verantwortung aufbürden, wenn die jüdische Frage in Polen, in Littauen und in Rumänien einer organischen Lösung nicht zugeführt werden wird. Und wir deutschen Zionisten haben die Pflicht, alles zu versuchen, um dieser Aufgabe, die dem deutshcen Judentum zugefallen ist, zu lösen. Mancher Anfang ist in den letzten zwei Jahren getan. Vieles bleibt noch durchzuführen. Zu den Widerständen von außen gesellt sich die Abneigung so vieler jüdischer Kreise in Deutschland, das polnisch-jüdische Problem in seinem nationalen Charakter zu begreifen. Wir bedauern auf das lebhafteste, daß die *nationalen Wünsche der Juden in Polen gerade von deutsch-jüdischer Seite immer wieder durchkreuzt* werden. Deutsche Orthodoxe und Liberale haben hier ein unnatürliches Bündnis geschlossen und führen — ohne es zu wollen — die Geschäfte kleiner, dem Judentum entfremdeter jüdischer Kreise in Warschau. In dem Augenblick in dem zum erstenmal im polnischen Volke sich ein leises Verständnis für die Bedürfnisse der Juden zu regen scheint, muß ernstlich vor dem Versuche gewarnt werden, dem polnischen Judentum eine ihm wesensfremde Entwicklung aufzunötigen.

Das jüdische Leben hat in diesen drei Kriegsjahren eine schnelle und radikale Entwicklung durchgemacht. Krieg und Revolution haben der jüdischen Masse das Bewußtsein ihrer Eigenart gegeben und ihre Verbundenheit mit Palästina gestärkt. Der Kampf um die bürgerliche Gleichberechtigung ist im entscheidenden Punkt beendet. In weiten Kreisen ist die Angst, Erfolge in der Gleichberechtigungsfrage durch offenes Bekenntnis zum jüdischen Volke zu gefährden, geschwunden. Die Entwicklung der Welt zur Demokratie und zur Anerkennung der Nationalitäten, die schweren Blutopfer, die die Juden überall willig gebracht, machen solche Besorgnisse wahrlich überflüssig. Das Verständnis für die politischen Zusammenhänge der jüdischen Frage ist mit der fortschreitenden Politisierung der Welt gestiegen. So mußte sich auch in vielen führenden jüdischen Kreisen der Widerstand gegen die palästinensischen und nationalen Aspirationen der jüdischen Masse abschwächen. Für diese Entwicklung sind Länder wie Amerika, Canada, Südafrika, England, Rußland, Italien charakteristisch. Es gilt für sie, wieder den Anschluß an das Gesamtjudentum zu finden. In den letzten vierzig Jahren hatte das deutsche Judentum in allen Fragen der jüdischen Gesamtheit, in der Auswanderungsfrage, in der Palästinafrage, eine führende Rolle gespielt. Es wird sich fragen, ob es die Fähigkeit haben wird, sich auf die veränderte Lage in der jüdischen Welt einzustellen und seine starken Kräfte auch weiterhin der jüdischen Gesamtheit zur Verfügung zu stellen. Wir Zionisten wollen unseren Teil dazu beitragen. Mehr als je drängt die Zeit zur Einigkeit im Judentum. Die jüdischen Probleme sind klarer, der jüdische Wille ist eindeutiger geworden. Alle Voraussetzungen zur Zusammenarbeit sind gegeben. In Rußland und Amerika, den beiden größten Zentren des jüdischen Volkes, ist die Einigung unter dem Banner der *Kongreßbewegung* vollzogen. Wir hoffen, daß auch die deutsche Judenheit bald für eine solche Einigung reif sein und eine *deutsch-jüdischen Verhältnissen angepaßte Kongreßbewegung* sehen wird.

Die Aufgaben, die dem deutschen Zionismus obliegen, sind gewaltig. Wir müssen aber große und bisher unbekannte Anforderungen an Ihre Arbeitsfreudigkeit und Opferwilligket stellen. Wir sehen aber die Saat aufsprießen, die wir in zwanzigjähriger mühsamer Kleinarbeit gesät haben, und wir dürfen hoffen, auch ihre Früchte noch genießen zu können. Dieses Bewußtsein mag uns über manche schwere Stunde hinweghelfen, die noch kommen wird und wird uns die Kraft geben, die Aufgaben, die eine schwere Zeit stellt, ehrlich und treu zu erfüllen.

Resolutionen der Zionistischen Vereinigung für Deutschland auf der Zentralkomiteesitzung.

1. Die Zionistische Vereinigung für Deutschland spricht dem Aktionskomitee der Zionstischen Organsation ihr volles Vertrauen und ihre Anerkennung für die erfolgreiche Tätigkeit des Aktionskomitees aus.

2. Die Z. V. f. D. stellt mit besonderer Befriedigung fest, daß es dem Aktionskomitee der Zio-

nistischen Organisation gelungen ist, durch seine politischen Bemühungen das Ansehen der Bewegung in der Öffentlichkeit, bei den Regierungen und bei den Völkern außerordentlich zu stärken und die Grundlagen des Kolonisationswerkes in Palästina im wesentlichen unversehrt zu erhalten. Die Z. V. f. D. dankt der deutschen Reichsregierung für das wohlwollende Interesse, das sie während der gesamten Kriegsdauer der jüdischen Siedelung in Palästina zugewandt hat.

3. Die Z. V. f. D. erklärt feierlich, daß die zionistische Bewegung nach den Worten Theodor Herzls von dem Wohlwollen aller Mächte und aller Völker getragen sein muß. Die zionistische Bewegung widerspricht keinem Interesse irgendeiner Macht oder irgendeines Volkes, sondern sie dient durch ihr friedliches Kolonisationswerk in Palästina den Interessen der gesamten Kulturmenschheit. Die Z. V. f. D. begrüßt daher mit Befriedigung die Tatsache, daß die englische Regierung in einer amtlichen Erklärung das Recht des jüdischen Volkes auf ein nationales Leben in Palästina anerkannt hat. Sie nimmt mit Dank die Erklärung des österreichisch-ungarischen Ministers des Äußeren zur Kenntnis, daß die österreichisch-ungarische Regierung dem Zionismus sympathisch gegenübersteht und bereit ist, die zionstischen Bemühungen bei der türkischen Regierung zu unterstützen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Aktionskomitee gelingen wird, die Zustimmung aller Großmächte und insbesondere der Türkei zur Durchführung der zionistischen Bestrebungen zu erlangen.

4. Die Z. V. f. D. fordert, daß bei der Neuregelung der Verhältnisse in Osteuropa die jüdische Frage entsprechend den anderen Nationalitätenfragen berücksichtigt und geregelt wird und daß der jüdischen Minorität die gleichen Rechte zur Wahrung ihres Volkstums und ihrer Kultur sichergestellt werden wie den anderen Minoritäten. Wir fordern daher insbesondere, daß den Juden inPolen und Litauen eine nationalkulturelle Autonomie gewährt wird.

5. Die Z. V. f. D. stellt fest, daß Rumänien der einzige europäische Staat ist, der den Juden die Gleichberechtigung verweigert. Rumänien hat die Verpflichtung nicht erfüllt, die es durch die Berliner Kongreßakte übernommen hat. Wir hoffen zuversichtlich, daß die deutsche Regierung bei den kommenden Friedensverhandlungen die uneingeschränkte Gleichberechtigung für die rumänischen Juden durchsetzen wird.

Welt-Echo

Landsdowne für ein jüdisches Palästina. Dem Jüdischen Preßbureau in Stockholm wird aus London telegraphiert:

Marquis Landsdowne, der zu der Zeit Minister des Äußeren war, als die englische Regierung ein Territorium in Ostafrika zur Errichtung einer jüdisch-autonomen Kolonisation angeboten hat, sandte an Zangwill ein Schreiben, in dem er sich dahin ausspricht, daß seine Sympathie mit der Sache der Juden nicht gemindert wurde, daß er der Forderung der Juden nicht weniger freundschaftlich gegenüberstehe als die gegenwärtige britische Regierung.

Antisemitismus in Siebenbürgen. Das alte deutsche Ritterland im Winkel von Ungarn hat, wie wir seiner Zeit berichteten, jüdischen Kindern aus Deutschland die Gastfreundschaft in diesem Sommer versagt. Über den Antisemitismus der

Bewohner Siebenbürgens schreibt die „Reichspost", das bekannte antisemitische Wiener Hetzorgan: „Die Hermannstädter plauderten mit den Wiener Kindern und Lehrern gerne über Wien, das sie wegen seines Antisemitismus sehr lieben. Die Siebenbürger sind selbst stramme Arier und Antisemiten, die sich gegen die Verseuchung des Landes durch die Juden energisch zur Wehr setzen. Ein Hermannstädter Sachse behauptete stolz, daß in dortigen Spitälern kein jüdischer Arzt und Pfleger usw. geduldet werde." Wir hoffen, daß die deutschen und österreichischen Juden sich nicht aufdringlich zeigen werden, wenn nach Friedensschluß für die Hebung des Fremdenverkehrs in Siebenbürgen Propaganda gemacht wird.

Neuerliche Pogromnachrichten aus Rußland. Dem jüdischen Preßbureau in Stockholm wird aus Petersburg telegraphiert: In den letzten Wochen ergoß sich eine große Pogromwelle über die Gouvernements Mohilew, Kiew, Wolhynien. An den Ausschreitungen nahmen besonders Soldaten teil, in manchen Orten auch die Rote Garde. Ein besonders gräßlicher Pogrom fand in der von den Russen besetzten galizischen Grenzstadt Brody statt. Tag und Nacht kamen Brandstiftungen und Plünderungen vor.

Die Konstituante-Wahlen in Rußland. Dem jüdischen Preßbureau in Stockholm wird aus Petersburg telegraphiert: Bei den Wahlen zur konstituierenden Versammlung gewinnen in den Städten die Kandidaten des jüdischen Blocks mit den Zionisten an der Spitze die Mehrheit der jüdischen Stimmen. In Homel, Elisabethgrad, Cherson, Witebsk steht die jüdische Liste an der ersten Stelle.

Die Aufnahme der Erklärung Balfours in Rußland. Dem jüdischen Preßbureau in Stockholm wird aus Petersburg telegraphiert: Die Erklärung Balfours, daß die englische Regierung entschlossen sei, den Juden zur Schaffung eines nationalen Heimes in Palästina zu verhelfen, wurde von der großen Mehrheit der russischen Judenheit mit außerordentlicher Begeisterung aufgenommen. In zahlreichen Städten wurden Versammlungen zur Begrüßung der englischen Erklärung abgehalten. In vielen Orten wurden Gottesdienste veranstaltet. Sehr eindrucksvoll war die zionistische Manifestationsversammlung in Petersburg, die von 4000 Teilnehmern besucht war und unter dem Vorsitze von Borris Goldberg stattfand. Auf der Versammlung waren auch Vertreter jüdischer militärischer und wirtschaftlicher Organisationen erschienen. Begeisterte Ansprachen hielten die Herren Aleinikow, Babkow, Schwarzmann und Grünbaum. Es wurde eine Resolution angenommen, die die Überzeugung der Versammlung zum Ausdruck bringt, daß der Friedenskongreß der Mächte die edle Initiative der englischen Regierung unterstützen werde. Die Versammlung richtete eine Begrüßung an den englischen und amerikanischen Gesandten in Petersburg. Eine großartige Manifestation fand in Kiew statt. Es beteiligten sich an ihr alle Schichten der jüdischen Bevölkerung mit den jüdischen Soldaten an der Spitze. Der englische und amerikanische Konsul hielten Begrüßungsansprachen, die begeistert aufgenommen wurden. Im Namen der Ukrainischen Rada begrüßte die Manifestation Professor Hruschewskij, der die warmen Sympathien des ukrainischen Volkes für die jüdische Auflebungsbewegung zum Ausdruck brachte.

Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.